



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Drinne und draußen

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Krieg hat so recht bewiesen, daß die Kohle ein wichtiges politisches Instrument ist. England hat es verstanden, die Kohle als politisches Zwangsmittel zu verwenden, und diese Methode der politischen Unterjochung von Nationen hat den wirtschaftspolitischen Ergebnissen jener Zeit eine besondere Richtung gegeben. Die Unabhängigkeit in der Kohleneinfuhr ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Sicherheit in der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung der Staaten. Aus diesem Grunde kann und darf nicht eine Verkürzung der Schichtdauer eingeführt werden. Wer die Hand hierzu bietet, ist ein Verbrecher an der Volksgemeinschaft. Keine Politik der Kompromisse, sondern lediglich ein energisches Nein!

Otto Leibrock



Drinnen und draußen

Deutschland und die Deutschen in Polen.

Die Leser der „Grenzboten“ haben im letzten Jahr das Ringen der Deutschen in Polen und Westpreußen um ihr Deutschtum verfolgen können. Sie haben mit ihnen langsam eine Hoffnung nach der andern zu Grabe tragen müssen. Nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages blieb noch die Hoffnung, daß auf dem Wege der deutsch-polnischen Verhandlungen das Deutsche Reich als letzte Leistung für die ausgefloßenen Stammesgenossen eine vertragliche Sicherung gewisser Mindestrechte für das Deutschtum im polnischen Staate würde durchsetzen können, in der Art, wie sie in dem Vertrag zwischen Polen und der Entente reichlich dürftig und nur in unklaren Umrissen gegeben sind. Auch diese Verhandlungen haben zu einem nennenswerten Ergebnis nicht geführt; ob sie später wieder aufgenommen werden, steht heute recht fraglich aus. Der Friede ist ratifiziert, die Polen haben das ihnen von der Entente zugesprochene Gebiet besetzt, die neuen Grenzen zwischen Polen und dem Deutschen Reich sind errichtet, die Deutschen in Polen bleiben auf sich selbst angewiesen.

Schon vor dem Kriege war die Unkenntnis in Deutschland über die Verhältnisse in den Ostmarken oft erschreckend. Erst als die Friedensbedingungen bekannt wurden, kam es vielen zum Bewußtsein, daß dort im Osten altes deutsches Land mit allein-geseßener deutscher Bevölkerung bedroht

war. Fast schien es, als ob unter dem Drucke der Not eine große Welle gemeinsamen Fühlens mit den Brüdern im Osten durch das deutsche Volk ginge. Aber wenn man ehrlich ist: es schien doch nur so. Die wirtschaftliche Noie des Tages waren stärker und heute erlebt das deutsche Volk in seinen weitesten Kreisen mit trauriger Gleichgültigkeit den endgültigen Verlust der Ostprovinzen.

Die Gefahr, daß mit der Aufrichtung einer politischen Grenze auch eine völkische Scheidewand zwischen dem Deutschtum in Polen und dem Deutschtum im Mutterland aufgerichtet wird, ist groß, und sie ist groß, nicht nur, weil die nötige Wärme des Mitgefühls im Mutterlande fehlt, sondern auch weil die Deutschen im Osten auf Grund ihrer Erfahrungen im verfloßenen Jahr — ob mit Recht oder Unrecht, bleibe hier dahingestellt — glauben, von dem Deutschen Reich verstoßen zu sein; verstoßen, nicht nur unter dem Zwange eines äußeren unüberwindlichen Druckes, sondern verstoßen auch, weil ein heiliger Wille, die Zusammengehörigkeit zu wahren, fehlte. Ein Gutes hat diese Stimmung der Deutschen in den Ostprovinzen gehabt. Sie haben im Gefühl ihrer Verlassenheit schneller gelernt, sich auf sich selbst zu besinnen. Da sie sahen, daß die eigenartige Problemhaftigkeit ihres Landes, in dem Deutsche und Polen seit Jahrhunderten untermischt sitzen, anderswo nicht verstanden wurde, machten sie sich selbst

darán, die Lösung des Problems in Angriff zu nehmen. Die Volksratsbewegung schuf die Voraussetzung für alle weitere Arbeit: den einheitlichen organisatorischen Zusammenschluß der Deutschen als Deutschum. Wohl ist es nicht restlos gelungen, diese organisatorische Aufgabe im Rahmen der Volksratsbewegung zu lösen. Zu stark erwies sich deutscher Parteigeist und deutsche Eigenbrödelei selbst in der Stunde der Not. Aber nur der Volksratsbewegung ist es zu danken, daß die Aufgabe gesehen wurde und daß sie jetzt auch von den Kreisen zu lösen versucht wird, die der Volksratsbewegung ferner stehen.

Nur wer die politische Lage des Deutschums in Polen und Westpreußen vor dem November 1918 kennt, kann die gewaltige Leistung ermessen, die von der Volksratsbewegung vorangebracht wurde. In der „Vereinigung des deutschen Volkstums in Polen“, in der sich in weiterer Entwicklung der Volksratsbewegung die Deutschen in Polen ihre einheitliche Vertretung geschaffen haben, ist bereits der größte Teil der Aufgabe geleistet, die darin besteht, das Deutschum in Polen zu einer lebendigen, in sich geschlossenen völkischen Einheit zu machen.

So paradox es klingt: für das Gesamtdeutschum liegt in dieser Entwicklung eine gewisse Gefahr. Das Naturwidrige der Friedensbedingungen, die die Abtretung des Gebietes im Osten an die Polen betreffen, zeigt sich ja darin, daß die organische Einheit des gesamten deutschen Volkslebens willkürlich zerrissen wird. Viel stärker als die Gemeinsamkeiten des gleichen Landes waren ja die Gemeinsamkeiten in Beruf, Klasse, Weltanschauung und Partei, die zwischen Teilen der Deutschen im Osten und Teilen der Deutschen im übrigen Reich bestanden. Die Aufrihtung der politischen Grenzen zwingt dazu, diese Gemeinsamkeiten zu zerreißen und die Gemeinsamkeit des Volkstums der örtlichen Heimat voranzustellen.

Wer aber den Glauben an die Zukunft eines einheitlichen Deutschums über alle staatlichen Grenzen hinweg bewahrt, der muß schon jetzt der Gefahr entgegenarbeiten,

daß die Entwicklung, die zum Zusammenschluß der abgesprengten Volksteile in sich führt, über das Ziel hinauschießt.

Den Schaden von einer solchen Entwicklung würde das gesamte Deutschum und jeder für sich, das Deutschum im Mutterlande und das Deutschum in der Diaspora, tragen. Nur wenn der Strom völkischer Zusammengehörigkeit trotz der politischen Trennung über die Grenzen hinwegfluten kann, wird das Deutschum in der Diaspora die Gefahr überwinden, steril zu werden und im Kleinkampfe um die wirtschaftliche Existenz zu verkümmern.

Es muß gelingen, diese Gedanken bei beiden Teilen schon heute lebendig zu machen. Fühlen die Deutschen in Polen, daß ihre Not im Mutterlande mitgetragen wird, dann wird die Arbeit, die sie für ihr Volkstum leisten, nicht auf Abwege führen, sondern dem gesamten Deutschum Frucht tragen. Die „Vereinigung des deutschen Volkstums in Polen“ wendet sich an die Deutschen im Mutterlande mit der Bitte um Hilfe. Wird diese Bitte erhört, dann ist damit mehr erreicht, als eine bloß augenblickliche Unterstützung für die Aufgaben der nächsten Zukunft, dann ist damit erreicht, daß alle Verbitterung des vergangenen Jahres von dem dankbaren Gefühl, gemeinsame Not gemeinsam tragen zu dürfen, fortgeschwemmt wird. III. W.

England und der baltische Handel.
Als Maßnahme gegen den Bolschewismus wird von englischer Seite ein großzügig geplantes englisch-baltisches Abkommen bezeichnet, welches, sollte es zustande kommen, die völlige wirtschaftliche und politische Abhängigkeit der baltischen Staaten von England nach sich ziehen und weiter dem Handel mit Großrußland zugunsten Englands die Wege ebnen würde. Im Handelsteil der „Vossischen Zeitung“ vom 27. Januar 1920 wird der englische wirtschaftliche Vorstoß auf die baltischen Länder in einem Aufsatz „Das englische Baltikum“ näher geschildert. Das Ziel ist nach dem Verfasser des genannten Artikels etwa folgendes:
„Eine englische Bankengruppe“ will mit weitgehendster Unterstützung der englischen

Regierung in Estland, Livland und Litauen Nationalbanken nach dem Muster der Bank von England errichten, die neben einer Abteilung für allgemeine bankgeschäftliche Operationen auch eine solche für Notenemission erhalten sollen. Letzterer Abteilung soll die Aufgabe zufallen, „in jedem der genannten Länder eine neue Währung einzuführen, der die Goldbasis zugrunde liegt“. Die Notenbanken sollen ihren Sitz in den Hauptstädten der baltischen Staaten haben und in den größeren Städten Niederlassungen errichten, ihren finanziellen Stützpunkt aber in London erhalten. Als Gegenleistung will sie (die englische Bankengruppe) sich die Übertragung von Monopolen einer Reihe der wichtigsten Rohstoffe ausbedingen. Die Engländer wollen die Hand auf das baltische Holz und den baltischen Flachs legen. Dafür wollen sie die Sanierung der Valuta „versuchen“. Gewiß ein nicht zu unterschätzendes Vorhaben, wenn es gelingt; aber die baltischen Staaten sollen dafür ihre wirtschaftliche Selbständigkeit aufgeben, sollen finanziell und kommerziell von England abhängig sein. Der Verfasser des Artikels kommt zu dem Schluß:

„Deutsche Kaufleute, achtet auf die Vorgänge im Osten, laßt euch nicht vom russischen Markt abdrängen, denn das Endziel des englisch-baltischen Vertrages ist Englands wirtschaftlicher Vorstoß auf Rußland.“

Ganz abgesehen von den Bodenschätzen Rußlands wäre die Wiederaufnahme des Handels mit den baltischen Ländern und mit Litauen schon lohnend. Der Ertrag von etwa 2 200 000 Hektar Wald in Estland und Lettland (Livland), von etwa 2 800 000 Hektar in Litauen, wäre England, das zum Beispiel 1911 allein über Riga für 19 028 821 Rubel Holz bezog, sehr willkommen. Flachs erhielt England über Riga im selben Jahre für 13 187 966 Rubel, Eier für 22 517 586 und Felle für 18 886 479 Rubel. Der größte Teil der über Riga exportierten Rohstoffe stammte aus den baltischen Ländern und aus Litauen. Nun läßt sich bei gesteigerter Intensität der Wirtschaftsführung der Export an Rohstoffen ganz erheblich steigern. Der Flachsanzbau war in den

russischen westlichen Randstaaten vor dem Kriege zurückgegangen, ein großer Teil des Flachses wurde im Lande selbst in der Heimarbeit verarbeitet oder der Industrie zugeführt. Aber entscheidend für die Möglichkeit des Flachsexports ist nicht die in den letzten Vorkriegsjahren erzeugte Menge, sondern das Verständnis der Landbevölkerung für diesen Zweig der Landwirtschaft. Ganz erheblich läßt sich der Flachsanzbau steigern; Maschinen zur Flachsbearbeitung sind im Lande reichlich vorhanden. Ein weiteres, nicht zu unterschätzendes Ausfuhrprodukt stellt die Ausbeute der Fischerei dar. Die Binnenseen (in Kurland etwa 20 000 Hektar, in Litauen 60 000 Hektar) könnten bei rationeller Bewirtschaftung gut 20 Kilogramm je Hektar jährlich liefern. Die Flußfischerei kann, vorsichtig geschätzt, etwa 500 Tonnen bringen, die Teichwirtschaft brachte allein in Kurland vor dem Kriege etwa 4000 Zentner jährlich. Ganz erheblich waren die Erträge der Küstenfischerei.

Es würde zu weit führen, hier noch auf alle Erzeugnisse einzugehen, welche die baltischen Länder vor dem Kriege lieferten und welche sie bei intensiver Bewirtschaftung des Landes liefern könnten. Zur Einfuhr sind die Länder auf fast alle Geräte und Maschinen für Landwirtschaft und Industrie gezwungen, vom Nagel bis zur Dampfmaschine. Arbeitermangel hat, besonders in Lettland, schon vor dem Kriege bestanden, durch den Krieg und nicht zuletzt durch die Bolschewistenkämpfe sind den Ländern viele wertvolle Menschenträfte genommen. Mehr denn je wird die Landwirtschaft auf maschinelle Kraft angewiesen sein.

Welch ein Betätigungsfeld bietet sich da einem schaffensfreudigen Handel! Und alles das soll England an sich reißen?

M. Cremer

Die Politik Lettlands. Der Gesandte der lettischen Republik in Frankreich, Großwald, hat im „Temps“ vom 16. Januar folgende Erklärungen über die Politik seines Landes und die gegenwärtige Lage in Osteuropa abgegeben:

Die Einnahme von Dünaburg durch die polnische und lettische Armee ist

keine Improvisation, sondern politisch von langer Hand vorbereitet. Diese Politik bezweckt die Auferrihtung eines osteuropäischen Friedenszustandes. An dem Tage, wo die Ententemächte die ganze Wichtigkeit des Eintritts Polens in den baltischen Bund begreifen werden, wird das beängstigende Problem des Weltfriedens als gelöst betrachtet werden können. Mein Land strebt lediglich die Bildung eines Defensivbundes gegen die gemeinsamen Feinde an. Seit Jahrhunderten sind der Deutsche und der Russe die natürlichen Feinde Polens und Lettlands. Daher hat unsere Regierung, als die Deutsch-Russen Vermons Niga angriffen, die Hilfe des Warschauer Kabinetts erbeten. Polen hat dieser Bitte sofort durch Kriegsmaterial und durch Konzentrierung von Truppen in Nordpolen Rechnung getragen. . . . Unter unbeschreiblichem Jubel der Bevölkerung sind die lettischen und polnischen Regimenter in Dünaburg eingezogen. Die Eisenbahn Niga—Warschau ist jetzt frei. Während die verbündeten Armeen ihren siegreichen Vormarsch gegen die Bolschewisten fortsetzen, wird es die Aufgabe der Politiker sein, unsere Beziehungen zu Polen enger zu gestalten. Auf diesem Wege zur gegenseitigen Verständigung bildet die Anerkennung der lettischen Unabhängigkeit durch Polen vom 22. Oktober 1919 den ersten Schritt, den zweiten die militärische Zusammenarbeit. Hoffentlich bildet die baltische Konferenz in Helsingfors den entscheidenden Punkt dieser

Annäherung. Der baltische Bund wird nur mächtig und tatkräftig, wenn auch Finnland und Polen ihm beitreten. Die Bildung dieses Bundes kann bei der Lösung der westrussischen Grenzprobleme entscheidend werden. Die politischen Ereignisse haben mit unerbittlicher Logik gezeigt, daß die baltischen Völker berufen sind, sich einer gesetzmäßigen Unabhängigkeit zu erfreuen. Gerade in diesen Ländern hat sich die Fähigkeit politischer Organisation, der Staatsbildung und der Defensivkraft gegen jeden äußeren Angriff am deutlichsten gezeigt. Dadurch, daß es den baltischen Bund mit seiner ganzen politischen und militärischen Autorität schützt, wird sich Polen die Mitwirkung junger kräftiger Nationen, deren politische Tendenzen den seinigen gleichen, sichern. Was besonders Lettland betrifft, so muß ich noch darauf hinweisen, daß wir uns immer wie die Polen als die Schildwachen gegen den deutschen Drang nach Osten betrachtet haben. Die wirtschaftlichen Interessen Polens, die nach der Ostsee streben, beweisen die Notwendigkeit für den polnischen Staat, sich auf eine wirksame Zusammenarbeit mit den baltischen Staaten zu orientieren. Hoffentlich wird die Helsingfors-Konferenz die festen Grundlagen für eine solche staatliche Gruppierung festlegen. Aus einer Periode des Tastens und der Versuche sind wir zu einer realistischen Politik gekommen, die die Ordnung und das Gleichgewicht im Nordosten Europas sichern wird.

III.



Bücherschau

Martin Spahn, Elsaß-Lothringen. Verlag Ullstein u. Co., Berlin 1919.

Eine schwere und schmerzliche Aufgabe ist es, in diesem Augenblick über Elsaß-Lothringen zu schreiben. Daß sie hier eine so abgeklärte und reife Lösung gefunden hat, ist ein schöner Beweis für die überlegene Ruhe, mit der deutsche Wissenschaft die brennendsten nationalen Lebensfragen zu

behandeln weiß. Daß diese Ruhe nicht menschliche Kälte ist, dafür spricht schlicht und ergreifend die Widmung: Professor Spahn, der durch eine lange erprobte Lehrtätigkeit an der Straßburger Universität mit dem Lande verwachsen ist, widmet das Buch seinen drei im Elsaß geborenen Söhnen „zum Gedenken an die geliebte Heimat, zur verdoppelten Treue gegen das Vaterland.“